

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Tageszeitung

德華日報

中華郵政特准掛號立券之報紙

Eingetragen als Zeitung auf dem Chines. Postamt.

5. Jahrgang

Tientsin, Sonnabend, den 1. September 1934.

Nummer 1202

Deutschland fordert ein mehrjähriges Moratorium

Dr. Schacht spricht in Bad Eilsen

Bad Eilsen, den 30. August (Transocean A.). Reichsbankpräsident Dr. Schacht hielt am Donnerstagabend vor dem Internationalen Kongress der Agrarwissenschaft eine Rede, in welcher er erschöpfend alle Aussichten der internationalen Schulden und Kredite behandelte.

Dr. Schacht sagte, dass die Welt während der letzten fünf Jahre gefragt habe „Wann wird sich der Weltmarkt denn endlich bessern“. Wenn sich die Weltwirtschaft heute nach den wirtschaftlichen Gesetzen — und zwar nach diesen Gesetzen allein — entwickeln könnte, wäre auf diese Frage leicht eine Antwort zu finden. Aber seit dem Abschluss des Versailler Vertrages wird die wirtschaftliche Entwicklung nach politischen Gesichtspunkten kontrolliert. Wir können uns heute also nur fragen, ob und welche wirtschaftlichen Faktoren einer Gesundung der Weltwirtschaft im Wege stehen.

Dr. Schacht ging dann noch einmal auf die verschiedenen Ursachen ein, die ein Aufleben der Weltwirtschaft heute behindern, obgleich er dies Thema bereits in verschiedenen Reden der letzten Tage eingehend und erschöpfend behandelt hat. In seiner Donnerstag Rede legte Dr. Schacht jedoch in nicht misszuverstehender Form die Bedingungen klar, von denen eine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands abhängig ist. Zu diesen Bedingungen zählt ein volles Moratorium von mehrjähriger Dauer, damit Deutschland Zeit hat, seine Wirtschaft zu entwickeln und zu sanieren. Weiter muss, wenn der Schuldendienst nach Ablauf dieses Moratoriums erneuert wird, eine erhebliche Reduzierung der deutschen Verschuldung durchgeführt werden, um die Abtragung dieser Schulden auf eine Basis zu bringen, auf der sie wirtschaftlich tragbar ist.

Dr. Schacht protestierte energisch gegen die Behauptung, dass das deutsche Transferproblem nur durch die Kredite, die uns das Ausland gewährt hat, entstanden sei. Deutschland kann seine Schulden durch Warenausfuhr oder andere Dienstleistungen abtragen. Diese Schuldenabtragung ist uns aber unmöglich gemacht worden und zwar erstens dadurch, dass gewisse Länder ihre Währung um 40 - 60 % entwertet haben, und zweitens dadurch dass der deutsche Export durch das Quotensystem eingeschränkt worden ist. Unter diesen Umständen ist es sinn- und zwecklos, sagte Dr. Schacht, von uns durch Zwangsmassnahmen Zahlungen erzwingen zu wollen.

Weiter charakterisierte Dr. Schacht es als fundamentalen Irrtum, die internationale Schulden-

frage lediglich als ein wirtschaftliches Problem anzusehen. „Die Welt steht heute vor der Alternative, entweder sich in der Schuldenfrage passiv zu verhalten und Deutschland als Kunden und Schuldner abzuschreiben — wodurch die Weltwirtschaft um mehrere Jahrzehnte zurückgeworfen werden würde — oder das Steuer der Kreditpolitik auf Gegenkurs zu werfen, d. h. zur Lösung des deutschen Transferproblems zusammenzuarbeiten und den Weg zur Gesundung der Wirtschaft frei zu geben.“

Dr. Schacht erklärte, dass es theoretisch nur zwei Möglichkeiten für eine Lösung gibt — 1. alle dem Verkauf deutscher Waren auf den Weltmärkten entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen oder 2. alle deutschen Schulden zu annullieren. In der Praxis gilt keine dieser beiden Möglichkeiten. Der erste Weg ist unmöglich wegen die Opposition der ausländischen Industrie, und der zweiten würde auf die Opposition der ausländischen Kapitalisten stossen. Die praktische Lösung scheint also in der Mitte zu liegen, d. h. dass die Regierungen unserer Gläubigerstaaten einen erhöhten Verkauf deutscher Waren zulassen, während die Gläubiger sich dazu verstehen sollten, die Forderungen zu ermässigen. Dr. Schacht sagte, dass dieser Ausweg noch vor ein bis zwei Jahren möglich gewesen wäre; heute würde er, selbst man ihn geben würde, keine Heilung mehr bedeuten, denn Deutschland ist in den letzten Jahren wie eine Zitrone derart ausgequetscht worden, dass es heute überhaupt keine Schuldentilgungen mehr leisten kann, und zweitens ist der Weltmarkt derart zusammengeschumpft, dass das Steigen der Preise für Rohstoffe eines noch stärkeren Impulses bedarf.

Unter den heutigen Verhältnissen muss man es als nahezu hoffnungslos ansehen, dass man durch eine mutige Tat auf grossmütiger Basis noch Herr der Lage wird. Heute kann nichts anderes mehr helfen als Deutschland ein mehrjähriges Moratorium zu gewähren und gleichzeitig einer erheblichen Reduzierung der deutschen Auslandsschulden auf eine Basis zuzustimmen, die nach Ablauf des Moratoriums wirtschaftlich tragbar ist.

Dr. Schacht schloss seine Rede mit der Erklärung, es sei bitter, sich einzugestehen, dass eine Besserung der Weltlage heute weit grössere Opfer erfordere als noch vor zwei Jahren. Es ist aber ebenso sicher, dass diese Opfer noch weit grösser werden, wenn man weitere Zeit verstreichen lässt, bevor die Welt den Mut findet, den zu ihrer eigenen Rettung notwendigen Schritt zu unternehmen.

Die italienische Presse

Rom, den 30. August (Havas). Die italienische Zeitung „Lavoro“ hat einen Artikel veröffentlicht, der sich sehr misstrauisch zu der von Hitler aus Anlass der grossen Saardemonstration am letzten Sonntag gehaltenen Rede äussert.

Die Zeitung warnt besonders Frankreich vor der Gefahr, welche in der freundlichen Haltung des Führers zu Frankreich, wie sie in seiner Rede zum Ausdruck gebracht wurde, versteckt liegt.

Nach der Meinung der Zeitung, hätte diese Rede die heftigsten Ausbrüche Frankreich gegenüber enthalten müssen, aber statt dessen habe der Führer klar Frankreich schmeicheln wollen.

„Lavoro“ meint, dass Hitler Frankreich schmeicheln wollte, um es zu beruhigen und in Sicherheit zu wiegen, damit Frankreich in Bezug auf Deutschlands österreichische Politik duldsamer werde. Wenn das der Fall sein sollte, so wäre diese „friedliche“ Politik noch gefährlicher für den Weltfrieden als schneidende Anklagen und empörte Reden, selbst wenn diese die Rückforderung von Elsass-Lothringen enthalten hätten.

Die Zeitung meint, dass Frankreich deswegen auf der Hut sein müsse; falls die Träume Deutschlands verwirklicht werden, so werde Frankreich an den Ufern des Rhein früher oder

später den gleichen Druck zu spüren haben, der jetzt so heftig an der Donau angewandt wird.

Berlin, den 29. August (Havas). Die deutsche Presse gibt fortgesetzt ihrer Empörung über die Angriffe der italienischen Presse, welche die Deutschen als Barbaren bezeichnet, Ausdruck.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ von Walter Darré, dem Reichsminister für Landwirtschaft, schreibt: „Der Unterschied zwischen den faschistischen und nationalsozialistischen Auffassungen zeigt sich am klarsten in der Rassen- und Kultur-Politik.“

Wenn die italienischen Journalisten von der jüdischen „Futuristenkunst“ so begeistert sind, so geht das ja nur sie allein an.

Wir Deutschen wollen nur das eine, dass sich Ausländer nicht in unsere Angelegenheiten einmischen. Wir können unsererseits nur daran erinnern, dass in allen Zeiten Duldsamkeit immer ein charakteristisches Merkmal unserer Rasse gewesen ist und auch jetzt bleibt.“

Anmerkung: Das Ausland ist sich anscheinend nicht darüber klar, dass es durch hem-

Konsequenzen der deutschen Rohstoffbewirtschaftung

Die Ende Juli vom deutschen Wirtschaftsminister erlassene „Faserstoffverordnung“, die im August durch weitere Verordnungen für andere Industriezweige ergänzt worden ist, ist eine wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung beachtenswerte Konsequenz der deutschen Rohstoffbewirtschaftung. Die wichtigsten Rohstoffe, die Deutschland nicht selbst besitzt, sondern aus dem Ausland einführen muss, sind gewisse Metalle (Eisen, Kupfer, Zinn, Zink, Blei usw.), Faserstoffe (insbesondere Wolle, Baumwolle und Flachs), Häute, Erdöle, Pflanzenöle, Kraftfuttermittel und Gummi.

Die deutsche Regierung hat kürzlich eine Bestandsaufnahme für Automobilreifen angeordnet, um nötigenfalls eine Befriedigung der Nachfrage nach der Dringlichkeit vorzunehmen. Die jetzt erlassenen Verordnungen bedeuten bereits eine Einschränkung in der Verarbeitung der wichtigsten Gruppen ausländischer Rohstoffe. Es bestand die Gefahr, dass einzelne Betriebe auf Grund grosserer augenblicklicher Bestellungen unrichtig hohe Ansprüche an Rohstoffbelieferung stellten und dadurch die ausreichende Versorgung anderer Unternehmungen stöten. Weiter bestand die Gefahr, dass solche Unternehmungen einige Wochen oder Monate mit voller Belegschaft oder sogar mit Ueberstunden arbeiteten, später aber gezwungen sein würden, Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Um dies zu verhindern, hat der deutsche Wirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Arbeitsminister für die Textilindustrie grundsätzlich die 36-Stundenwoche eingeführt und für die Neugründung von Textilunternehmungen eine Sperre verhängt.

Wer bei der Beurteilung von Wirtschaftsmassnahmen, wie die deutsche Regierung sie verfügt hat und weiterhin verfügen wird, mit Vergleichen aus der Kriegszeit arbeitet, muss zu falschen Schlüssen gelangen. Damals herrschte der Grundsatz, möglichst alle Kreise des Volkes bei guter Laune zu erhalten und daher vor den Ueber tretungen, wenn sie nicht ins Ungemessene stiegen, ein Auge zuzudrücken. So glaubte die deutsche Regierung von damals, die Stimmung im Volk zu beleben und den Selbstbehauptungswillen zu stärken. Heute herrscht eine ungleich straffere Zucht und — was wichtiger ist — ein grosses Mitverantwortungsgefühl im Volke selbst. Wer sich heute gegen Selbstbehauptungsmassnahmen der Berliner Regierung vergeht, wird bestimmt nicht mehr wie vielfach im Kriege als „fixer Kerl“ gefeiert, sondern als Saboteur nationaler Notwendigkeiten gebrandmarkt und zur Rechenschaft gezogen.

Wenn also deutsche Bewirtschaftungsmassnahmen unbedingt als aussichtsvoller anzusehen sind als früher, so kann dies doch nicht über den grundsätzlichen Ernst solcher tiefen Eingriffe in das wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht des einzelnen täuschen. Die erwähnte Faserstoffverordnung ist nur eine Anfangsmassnahme. Wenn in der deutschen Rohstoffversorgung kein grundlegender Wandel eintritt, werden unzweifelhaft Vorschriften über die herzustellenden Waren erlassen werden. Daneben werden für gewisse inländische Zwecke Ersatzrohstoffe herangezogen werden. Dadurch wird es ermöglicht werden, trotz fortdauernder Rohstoffknappheit die Ausfuhrwaren in Qualität völlig unverändert zu halten. Der ausländische Bezieher deutscher Waren wird also von den deutschen Rohstoffnöten nichts merken.

Dagegen wird der ausländische Rohstofflieferant vom Rückgang des deutschen Verbrauchs schwer getroffen werden. Die letzte Warenpreis-Statistik zeigt, dass die Baisse auf den internationalen Wollmärkten weitere Fortschritte macht. In den Erläuterungen hierzu heisst es ausdrücklich, dass die Fortdauer des deutschen Wollverkaufsverbotes zu dieser Baisse wesentlich beigetragen habe. Der Wollpreis kann sich natürlich nicht erholen, wenn der deutsche Wollverbrauch planmässig auf ein niedriges Niveau herabgedrückt wird. Wenn bisher bei Baumwolle und Flachs die Preisentwicklung befriedigend war, so droht auch hier durch Nachlassen der deutschen Nachfrage eine Störung.

Man wird der jetzt getroffenen Massnahme der deutschen Regierung nicht gerecht, wenn man ihren sozialpolitischen Einschlag unberücksichtigt lässt. Wenn den in Textilfabriken Beschäftigten durch

Staatsbibliothek
Deutschland

(Fortsetzung Seite 10)

2 Tom 29496